

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenszeit ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Juli d. J. dem Vorstande der administrativen Bibliothek im Staatsministerium Ministerialsekretär Dr. Konstantin Wurzbach v. Tannenbergr in Anerkennung seiner verdienstlichen Verwendung den Titel eines Regierungsrathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Komitatskommissär zweiter Klasse Viktor Pozzi und den galizischen Kreiskommissär dritter Klasse Karl Stránski von Heilkron, dann den Konzeptsadjunkten im Staatsministerium Anton Nobile Rinaldini zu Ministerialkonzipisten, ferner den niederösterreichischen Statthalterikonzeptspraktikanten Anton Freiherrn v. Páumann zum Konzeptsadjunkten im Staatsministerium ernannt.

Der Staatsminister hat den dermaligen Gymnasialsupplenten zu Treviso Weltpriester Julius Lorenzoni zum wirklichen Lehrer an dem Staatsgymnasium zu Vicenza ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 14. Juli.

Welches werden die Resultate der gemischten Budgetkommission sein? ist die Frage, welche gegenwärtig das Interesse des Publikums wach hält. Es handelt sich vor Allem um das Zustandekommen des wichtigen Finanzgesetzes und es ist voraussichtlich, daß die schwebende Ministerkrisis den Schwerpunkt der Beratungen der Kommission bilden muß, es handelt sich ja darum — welchem Ministerium die Summen und Kredite votirt werden sollen. Deshalb ist auch vornehmlich die Lage des Abgeordnetenhauses eine höchst peinliche. Die „Desterr. Ztg.“ schreibt diefalls Folgendes: Alle Welt weiß, daß die Minister ihre Demission gegeben haben. Ein halbamtlicher Artikel des halbamtlichen Blattes hat dies eingestanden, wenn es auch nicht gesagt hat, welche Minister ihre Demission gegeben haben. Dem Abgeordnetenhaus aber ist offiziell nichts mitgetheilt worden. Die Deputirten haben davon keine eigentliche Kenntniß. Sie müssen den Vogel Strauß spielen und dürfen nicht sehen, was die ganze Welt sieht. Noch mehr! Sie stehen gegenüber einer Unzahl von Gerüchten.

Es war daher bei einem Theile der Abgeordneten der Gedanke aufgetaucht, man möge die ganze Budgetberatung aussetzen, bis die Ministerkrisis geschlossen sei. So sehr dies dem Usus in anderen parlamentarischen Ländern entspricht, eben so sehr müssen wir uns bei unseren gegebenen Verhältnissen dagegen erklären. Es war der große Fehler, der seit zwei Jahren begangen wurde, daß man glaubte, reine, geklärt Verhältnisse vor sich zu haben, und daß man, den Prinzipien des Konstitutionalismus folgend, davon auch alle Konsequenzen ziehen wollte. Es ist bei unserer Staatslage nöthig, nicht den Staatsjuristen, sondern den Politiker vorwalten zu lassen. Man muß sich vor Augen halten, daß das Erforderniß im Staatshaushalte nicht dem einen oder dem anderen Ministerium bewilligt wird, sondern dem Staate überhaupt, damit er leben und sich erhalten könne. Und welches Ministerium es immer sein möge, welches die momentane Führung und Waltung hat, man kann deshalb, weil man mit ihm nicht zufrieden ist, den Staat nicht in Trümmer gehen lassen.

Die Differenz, um die es sich jetzt noch zwischen den Positionen des Ober- und Unterhauses handelt, beträgt etwa eine Million, und bei einer heißen Lage,

wie es die jetzige ist, sind einige hunderttausend Gulden, um die es sich handelt, nicht der Mühe werth, die Dinge auf einen Punkt zu treiben, wo denen, welche der Verfassung gegnerisch sind, nur in die Hände gearbeitet würde.

Wir können die ganze Schwierigkeit, das ganze Drückende der Lage ermessen, in der sich jeder Abgeordnete befindet, und in dieser schweren Lage gibt es nur eine Leuchte: die des Patriotismus. Und von diesem Zeugniß zu geben, ist jetzt Sache des Abgeordnetenhauses. Wir glauben, es wäre der klügste Schritt, den die Reichsvertretung thäte, daß sie die Positionen, wie sie das Herrenhaus eingestellt, annimmt. Seine Schuld ist es dann nicht, wenn die Dinge eine dem Wohle des Vaterlandes ungünstige Wendung nehmen.

Wie man vernimmt, sagt die „Presse“, macht sich in gouvemementalen Sphären die Auffassung geltend, daß das Wirken der gemischten Kommission nicht unfruchtbar bleiben, sondern zu einer Vereinbarung führen werde, und diese Zuversicht sei bereits in der gestrigen Sitzung zu Tage getreten. Wenn dem so ist, müssen wir annehmen, daß Graf Mensdorff beruhigende Zusicherungen bereits gemacht oder doch in sichere Aussicht gestellt habe, sowohl bezüglich der Abstriche, wie der prinzipiellen Bedenken der Verfassungsfrage nämlich. Es bedarf weder für uns, noch für die Abgeordneten der Erinnerung, daß die Krone vollkommen frei in der Wahl ihrer Minister bleiben muß. Aber was von den Persönlichkeiten gilt, das gilt nicht von den maßgebenden Grundsätzen, die bei der Ausbahnung einer tiefgreifenden Verfassungsform angewendet werden sollen. Weinade ein noch ausgeprägteres Recht, als das an strenge Geschäftsreformen gebundene Parlament, hat die Tagespresse, die Regierung zu warnen und zu interpelliren, und sie erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie dieß in freimüthig loyaler, patriotischer Weise thut.

Auch wir theilen die Ansicht, daß für das Votum der gemischten Kommission bei Nichtbekanntsein des neuen Programms nur der Patriotismus den Ausschlag geben wird und muß.

86. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 11. Juli.

(Schluß.)

Der Ausschuß stellt noch folgende Anträge:

- I. Das hohe Haus wolle beschließen:
- a) jene kurzen Einschaltungen der Gefälle von 1:100, welche unter den sonst günstigen Niveauverhältnissen auf den zukünftigen Betrieb, daher auch selbstverständlich auf die Höhe der Subvention nachtheilig einwirken würden in den Strecken
 1. vom Stationsplatze Teschen bis Jablunkau,
 2. von Rosenberg bis Swat-Mari und
 3. von Swat-Mikulas bis Schwarzwang
 seien zu vermeiden und statt derselben in den ersten zwei Strecken Steigungen von 1:150, in der letzten aber wenigstens von 1:130 darum um so sicherer einzufügen, als dieß nach Prüfung der Pläne ohne besonders erhebliche Mehrauslagen thunlich erscheint und
- b) das Bahnniveau in den Flußthälern überall mindestens 3 Fuß über dem Hochwasserstande zu erhalten.

II. Der hohen Regierung wird die nöthigenfalls durch Einbringung einer Gesetzesvorlage an den Reichsrath schon während der nächsten Session derselben zu bewirkende Fortführung der Kaschau-Oderberger Eisenbahnlinie:

- a) über Szathmar durch das Szamoszthal nach Klausenburg, und
- b) über Eperies nach Przemysl angelegentlichst empfohlen.

III. „Die h. Regierung sei aufzufordern, die Einbeziehung der Stadtgemeinde Friedel sammt Umgebung mittelst einer Zweiglinie in die Kaschau-Teschener-Oderberger Eisenbahnhauptlinie anzubahnen.“

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Konzeptionsgesetze für die Bahn Datschitz-Saaz-Komotau an die sächsische Grenze bei Weipert und für die Bahn Prag-Rakonitz-Eger.

Abg. Steffens beantragt, beide Vorlagen an einen aus dem Hause zu wählenden Ausschuß von 12 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Herbst stellt den Antrag, für jede Vorlage einen Ausschuß von 9 Mitgliedern zu wählen.

Abg. Schindler unterstützt den Antrag Herbst, welcher auch angenommen wird.

Die Wahl wird sogleich vorgenommen. Bevor das Strutinium vorgenommen wird, ertheilt Präsident dem

Abg. Giska zur Begründung seines Antrages, betreffend den Bau einer Bahn von Tečic über Znam nach Maifan, welcher als dritter Gegenstand an der Tagesordnung steht, das Wort. — Der Antragsteller motivirt seinen Antrag unter Hinweis auf die von der Regierung dadurch anerkannte Wichtigkeit dieser Bahnstrecke, daß sie, wie er aus den gestrigen Ausführungen des Leiters des Handelsministeriums entnommen zu haben glaube, eine Vorlage über dieselbe einbringen werde. Nachdem bis zum Zeitpunkte der Einbringung seines Antrages eine solche Vorlage nicht bestimmt in Aussicht gestellt worden ist, sei ihm, sollte der Gegenstand noch in dieser Session zur verfassungsmäßigen Behandlung gebracht werden, nichts übrig geblieben, als aus der Initiative des Hauses einen Antrag auf diesen Bahnbau zu stellen. Die Zuweisung dieses seines Antrages an den Ausschuß für die Franz-Josephs-Bahn finde ihre Begründung darin, daß dieser Ausschuß die Verhältnisse dieser Strecke genau kenne.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Giska auf Zuweisung seines Antrages an den Ausschuß für die Franz-Josephs-Bahn angenommen, worauf zum Behufe des Strutiniums die Sitzung unterbrochen wird.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt Präsident das Wahleresultat bekannt.

In den Ausschuß, betreffend die Datschitz-Saaz-Komotauer Bahn wurden (von 127 Stimmen) gewählt: Herbst (117), Riese-Stallburg (112), Stamm (112), Demel (108), Brints (107), Wenisch (106), Hasmann (105), Binder (89), Hubicki (71).

Für die Regierungsvorlage, betreffend die Prag-Rakonitz-Egerer Bahn erschienen (von 123 Stimmen) als gewählt: Brinz (120), Schlegel (119), Herbst (115), Gschier (115), Brestl (113), Grüner (112), Eichhoff (107), Abduleanu (103), Pummerer (88.)

Präsident gibt eine Zuschrift des Präsidiums des Herrenhauses bekannt, in welcher das Resultat der heute vorgenommenen Wahl der Mitglieder in die gemischte Kommission für das Finanzgesetz pro 1865 mitgetheilt wird.

87. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 13. Juli.

Auf der Ministerbank: Lasser, Hein, Sektionschef Raschberg, Ministerialrath Schmidt (Handelsministerium), Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium.)

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist ein Bericht des Zollauschusses, die fernere Berathung des Zolltarifes betreffend.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Breisl.

Der Ausschuss beantragt in Berücksichtigung der schon sehr vorgerückten Session zu beschließen:

1. Der zur Berathung des neuen Zolltarifes neuereingesetzte Ausschuss wird ermächtigt, seine Arbeiten einzustellen.

2. Das Ansuchen an die Regierung zu richten, bis zum Beginne der nächsten Reichsraths-session alle jene Erhebungen vornehmen zu lassen, welche zu einer eingehenden Berathung der in Antrag gebrachten neuen Zollsätze nothwendig sind.

Sektionschef Freiherr von Kalchberg: Die Regierung habe wiederholt erklärt, daß der interimistische Tarif keineswegs dem allgemeinen Zolltarife präjudicire. Es stehe daher dem Hause unzweifelhaft zu, den allgemeinen Tarif en bloc anzunehmen, abzulehnen oder den vorliegenden Ausschusstrag anzunehmen. — Vom Standpunkte der Regierung könne er aber nur eine en bloc Annahme des allgemeinen Tarifes empfehlen. Die Regierung verkenne aber nicht, daß dieß eine Frage der individuellen Ueberzeugung, ja eine Gewissensfrage für Jeden sei, ob er auf Grund des ihm von der Regierung gebotenen Materials sich zu einem solchen Schritte entschließen könne. Bei einer längeren Fortdauer des Interimistums würde statt des beabsichtigten Fortschrittes ein Rückschritt geschehen, denn die Zölle, welche ehemals an unserer bedeutendsten und längsten Zolllinie in Folge des Vertrages von 1853 bestanden, seien durch das Interimistum namhaft erhöht worden, dagegen wurden die übrigen Außenzölle nur unbedeutend vermindert. — Dieser Zustand sei kein Fortschritt und könne nicht in der Absicht jener Majorität liegen, welche den österreichisch-preussischen Handelsvertrag angenommen hat.

Bezüglich des zweiten Punktes bemerkt Redner, es sei selbstverständlich, daß die Regierung geradezu insinuiert würde, denselben Zollvertrag in der nächsten Session etwa vorzulegen, die Regierung werde nicht ermangeln, jene Erhebungen pflegen zu lassen, welche nach ihrer Meinung nöthig und zweckmäßig sind, allein auf eine formelle Zusage, daß dieser Tarif modifizirt oder unmodifizirt wieder vor das Haus gebracht werden würde, könne die Regierung sich nicht einlassen. Mit dem Antrage des Ausschusses sei die Vorlage für die Session beseitigt und es bleibe der Zukunft vorbehalten, was in der nächsten Session in dieser Beziehung geschehen werde.

Abg. Winterstein: Eben die Unklarheit und die Ungewißheit, was in der nächsten Session geschehen werde, mache es nothwendig, nicht in die Sache einzugehen, und sei das stärkste Argument für die Ausschussträge. Redner kommt darauf zurück, daß die Regierung den Zolltarif ohne Motivenbericht einbrachte und die Berathungen desselben dadurch unterbrach, daß sie den Handelsvertrag als dringlichen Gegenstand vorlegte. Man sei heute übrigens gar nicht in der Lage, einen Zolltarif zu berathen und die en bloc Annahme desselben wäre ein Unicum, das in Staaten, wo parlamentarisches Regime herrscht, noch nie vorgekommen. Er könne daher nur die Annahme der Ausschussträge empfehlen. Was den zweiten Punkt betrifft, so sei ja unter der Regide und Vorsitze des Herrn Leiters des Handelsministeriums eine Enquete zusammenberufen, und es müsse daher derselben ein Leichtes sein, sich ein kla-

res Bild über den Stand der österreichischen Industrie zu verschaffen. Er könne daher auch diesen Punkt nur empfehlen.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 13. Juli. Von kompetenter Seite wird bestätigt, daß Oesterreich das Alternat an dem schleswig-holsteinischen Oberkommando verlangt habe, daß Preußen diese Forderung aber zurückweise, indem es die nicht erfüllbare Bedingung der Entfernung des Herzogs von Augustenburg stellt. Auch dies dürfte zur Erhöhung der nunmehr notorisch zwischen Oesterreich und Preußen bestehenden Spannung beigetragen haben.

Fiume, 11. Juli. Wie ich Ihnen heute telegraphirte, wurden diesen Morgen zu Deputirten für den Agramer Landtag mit sehr großer Stimmenmehrheit gewählt: Casimir Cosulich, unstreitig der bedeutendste Schiffsreder nicht nur Fiume's, sondern der ganzen österr. Marine; Herr E. Berneda, Richter des hiesigen Magistrats, und Herr Martini, gewesener Bürgermeister von Fiume, der vor 3 Jahren wegen der damals hier stattgefundenen Demonstrationen gegen Kroatien und für Ungarn pensionirt wurde. Man wird nicht begreifen können, warum die hiesige Bevölkerung heute so lebhaften Antheil an den Wahlen nahm, während sie sich vergangenen Samstag so passiv verhielt. Dabei muß man aber das hier angewandte Messuno nicht in eine Kategorie setzen mit dem seinerzeit in Istrien an der Tagesordnung gestandenen. Die Fiumaner Bevölkerung ist die loyalste, die man sich denken kann, nur will sie eben einmal von einem engen Anschluß an Kroatien nichts wissen. Mit den Messuno-Stimmen am Samstag bezweckte sie eben auszudrücken, daß sie von einer Beschickung des Agramer Landtags nichts wissen wolle; hätte es sich um Wahlen für den ungarischen Landtag oder um direkte Wahlen für den Reichsrath gehandelt, vorausgesetzt, daß dies auch von den Ungarn ausgeführt würde, so wären wohl gar keine Messuno zum Vorschein gekommen. Als die Fiumaner nun am Samstag sahen, daß die Einstimmigkeit für das Messuno nicht mehr so vorhanden war, als vor 4 Jahren, und daß sie Gefahr liefen, wenn sie sich heute wieder passiv verhielten, daß Deputirte von der kroatischen Partei, wenn auch nur mit ein Paar Stimmen, gewählt werden würden, so entschlossen sie sich, was unstreitig bei ihren Ansichten das Allerklügste war, wenigstens solche Deputirte durchzusetzen, die nicht zur kroatischen Partei gehören und deren Sinn für Fiume's Wohl sie gewiß waren. Schon in aller Frühe durchzog eine Menge Wähler die Stadt mit einem Civil-Musikkorps und großen Fahnen aus den Farben des Fiumaner Wappens (roth, blau und gelb) mit den Namen obiger Deputirten, und als diese dann auch mit großer Stimmenmehrheit durchdrangen, war des Jubels kein Ende. Ein großer Theil der Bevölkerung versammelte sich mit dem Musikkorps und den Fahnen vor den Wohnungen der 3 Deputirten, Covviva und Elfen ertönten, die Fahnen wurden an den Balkons der Ervählten befestigt, Herr Berneda hielt eine kurze kräftige Rede und war sichtlich gerührt. Herr Martini war von diesem Beweise des Zutrauens seiner Mitbürger so ergriffen, daß er

sich nur kurz bedanken konnte, Herr Cosulich ist abwesend, man hofft jedoch zuversichtlich, daß dieser wackere, allgemein so hoch geachtete Mann (erst ist auch Vicepräsident der hiesigen Handelskammer) die auf ihn gefallene Wahl zum Wohle seiner Mitbürger annehmen werde. (Tr. Btg.)

Verona, 10. Juli. Mit der Ausführung der von Sr. Majestät dem Kaiser anbefohlenen weiteren Reduzierung der Armee ist bereits theilweise begonnen, und sind alle Vorbereitungen getroffen worden, daß die abgehenden Urlauber schon mit Ende Juli außer Stand und Gebühr ihrer Truppenkörper treten. Die Gesamtziffer der Reduzierung dürfte bei der Befehlen des F.Z.M. Ritter v. Benedek unterstehenden Armee mindestens 10.000 betragen. Durch diese Reduzierung wird aber auch eine vollständige Aenderung der Ordre de bataille bedingt, da schon jetzt in einigen Garnisonen die darin liegenden Truppen zur Befehung des Dienstes kaum genügen. Es ist davon die Rede, einige in den nächstgelegenen Provinzen stehende, ebenfalls zu der vom F.Z.M. Ritter v. Benedek befehligten Armee gehörige Regimenter wieder nach Venetien einrücken zu lassen. Auch hört man von einer Vereinigung der beiden Monturs-Ökonomie-Kommissionen von Graz und Venedig in eine einzige sprechen; doch ist Positives hierüber noch nicht bekannt.

Prag, 12. Juli. Statthalter Graf Belcredi ist heute Abends aus Franzensbad in Prag eingetroffen und hat wieder im Bubentzcher Schlosse seinen Aufenthalt genommen.

Rusland.

Berlin, 12. Juli. Die heutige „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wenn Oesterreich sich entschloße, die Augustenburg'sche Mitregierung, welche einen Hochverrath gegen das gemeinschaftliche Souveränitätsrecht der beiden legitimen Landesherren involvire, zu beseitigen, so würde es seinen Standpunkt vom Wiener Frieden wieder einnehmen, welchen es dadurch verlassen, daß es einem Präbidenten Vorschub leistete, dessen Ansprüche rechtlich nicht festgestellt sind, bevor die Ansprüche der übrigen deutschen Fürsten überhaupt erwogen wurden.

Die Begünstigung der Präbidenten-Regierung vom Kabinet Schmerling herbeigeführt, müsse in einer oder der andern Weise ein Ende finden. Sollte sich daher die Zeitungsnachricht bestätigen, daß Oesterreich das Alternat im Oberbefehle beantragt, so ist unseres Erachtens eine Unterstellung der preussischen Truppen unter österreichisches Kommando jedenfalls so lange unzulässig, als die Augustenburg'sche Parteiregierung bei Herrn Baron v. Halbhuber eine Stütze findet.

Die „Provinzial-Corresp.“ schreibt: Sofort nach der vom Finanzminister im Herrenhause abgegebenen Erklärung berieth das Staatsministerium die Aufstellung der für das laufende Jahr zu erwartenden Ausgaben und Einnahmen als Verwaltungsnorm. Die hiebei festgehaltenen Gesichtspunkte und Grundsätze, in einem ausführlichen Ministerial-Berichte dargelegt, fanden durch a. h. Erlaß, ddo. Karlsbad 5. d., die königliche Genehmigung. Die amtliche Publizierung erfolgt demnächst.

Der „Kreuztg.“ zufolge sei in Berlin von einer Wiederanregung der Kongress-Idee nichts bekannt.

Feuilleton.

Laibach, 14. Juli.

A. R. Extreme berühren sich. — Auf das letzte folgt das erste Feuilleton. Allerdings hat der scheidende Feuilletonist einen viel günstigeren Standpunkt, er beruft sich beim Abschiede auf das schon erworbene Wohlwollen der Leser, während der Feuilletonist, der zum ersten Male vor das Publikum tritt, dessen Wohlwollen erst erstreben und sohin vor Allem auf dessen Nachsicht rechnen muß — eine Rechnung mit einer unbekanntem Größe, wobei man sich eben nur allzu leicht verrechnen kann. — Womit sollen wir beginnen? Diese Frage drängt sich uns zuerst auf; sollen auch wir mit dem obligaten Wetter anfangen und hintendrei Kalender machen? Nein, das soll ferne von uns bleiben; denn abgesehen davon, daß es zu nachahmungsfüchtig erschien, so verzichten wir schon deshalb darauf, weil das „in Wetter machen“ überhaupt eine sehr mißliche Sache ist. Wie viel ist beispielsweise in der jüngst abgelaufenen Zeit politisches Wetter gemacht worden. In allen Zeitungen hat es gewettert, theils gegen Schmerling, theils gegen Majstath-Belcredi, trotzdem, daß deren Programm nicht einmal nach den nothdürftigsten Zügen bekannt ist, bis endlich eines schönen Tages der offizielle Geist, gehüllt in die „Wiener Abendpost“, erschien und alle politischen Wettermacher gründlich zu Schanden machte. Darum ein für alle Mal nichts

mehr vom Wetter, selbst auf die Gefahr hin, daß wir es mit jenen Lesern gänzlich verderben, für die das feuilletonistische „Wochenwetter“ bisher eine unentbehrliche Nahrung war.

Ob man uns das zum Fortschritt anrechnen wird, steht dahin.

Ach, was zählt man nicht heutzutage alles unter Fortschritt, wer huldigt nicht demselben? wer schwärmt nicht für ihn? Deshalb macht aber auch bei uns Alles so entschieden Fortschritt, wie z. B.: die Konstitution, die Nationalität, das soziale Element etc.; kann es uns daher wohl Wunder nehmen, daß wir aus purem Fortschrittsüberfluß bisher nicht fortgeschritten sind?

Da wir gerade vom Fortschritte reden, so müssen wir es für Laibach als einen bedeutenden bezeichnen, daß man jetzt hier bei uns gut und billig fahren kann. Die eleganten Comfortables und die zweckmäßige Fialertaxe ermöglichen dieß, und das Publikum findet sich in diese neue Einrichtung derart gut und schnell zurecht, daß bereits am letzten Sonntag ein so vielfaches Hin- und Herfahren bemerkbar war, als wäre aus Laibach plötzlich eine Großstadt geworden.

In dieser Woche schließt auch die italienische Operngesellschaft ihre Vorstellungen. Sie hat uns einige genußreichen Abende verschafft und wir wünschen, daß sie ihre Rechnung bei uns gefunden haben möge. Alle waren freilich durch die Vorstellungen nicht befriedigt, man hörte viel und eigenthümlich kritisiren, doch das überrascht nicht, — je weniger man

in irgend einer Sache Fachmann ist — um so leichter fertiger ist man ja bekanntlich in der Kritik.

Für den Feuilletonisten ist es wahrhaft ein Glück, daß er in dem engen Rahmen des Feuilletons die heterogensten Dinge zusammenwürfeln darf. — Alles kaum Platz darin finden, und selbst das Entgegengesetzte verträgt sich da friedlich nebeneinander. „Friedlich“, welch' süß tönendes Wort!

Unwillkürlich fällt uns da ein, was wir neulich irgendwo gelesen haben: daß die Linde mit der Eiche gleichberechtigt ist und beide friedlich nebeneinander stehen können und sollen. Welch' schönes und erhabenes Bild! Was sind das doch für zwei majestätische Bäume, die Linde und die Eiche! was haben sie für mächtige Zweige, was geben sie für einen gewaltigen Schatten. Wenn wir uns so eine Linde und eine Eiche, gleich hoch und stark, in brüderlicher Eintracht dicht nebeneinander denken, derart, daß selbst ihre Zweige friedlich in einander ragen und traulich mit einander rauschen — so glauben wir, daß durch solche Eintracht jeder Baum nur gewinne und jedes Baumes Majestät nur erhabener erschiene. Gesehen aber wäre es um diese Eintracht, wenn aus was immer für einem Grunde die Eiche nach den Blüten der Linde, oder die Linde nach der Frucht der Eiche — die Eichen — gewaltsam greifen würde. Weder das eine, noch das andere könnten wir vom Standpunkte der Gleichberechtigung billigen. Derlei Uebergriffe würden wohl dem schonungslosen Urtheile unseres Feuilletons verfallen.

Köln, 12. Juli. Die heutige „Rheinische Ztg.“ veröffentlicht das Antwortschreiben des Comité's der Abgeordnetenversammlung auf das Verbot des Regierungspräsidenten. Das Comité wird die Vorschriften des Gesetzes vom 11. März 1850 gewissenhaft beobachten; es beruft sich auf §. 29 der Verfassung, will die Rechte, welche die Gesetze und die beschworene Verfassung gewährleisten, heilig halten, und fühlt sich verpflichtet, den um das Vaterland hochverdienten Abgeordneten die gebührende Dankbarkeit zu zollen. Die Beschwerde beim Minister des Innern wurde vorbehalten.

Rom, 12. Juli. Se. Heiligkeit der Papst ist nach Castel Gandolfo, der französische Botschafter Graf Sartiges nach Frankreich abgereist.

Neapel, 4. Juli. Aus Calabrien lauten die Nachrichten sehr schlimm. General Pallavicini stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten und er ist dort weniger glücklich, als er es in der Basilicata und im Gebiete von Beneventano war. Mit seinem System äußerster Strenge kann er hier nicht durchdringen; nicht nur, daß die Bevölkerung demselben den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzt, sondern selbst die Civilbehörden opponiren gegen dasselbe. Der General ist darüber so disgustirt, daß er ein Gesuch an das Kriegsministerium gestellt hat, ihm eine andere Bestimmung zu erteilen.

Eine schwedische Fregatte, welche gestern in unsern Golf einlief, erhielt keine freie Pratica, weil sie Malta berührt hatte; sie mußte in offener See vor Anker gehen und ist unter Observation gestellt. Die Cholera-Angst ist hier sehr groß, noch größer aber in Sizilien, besonders in Messina, von wo — auf die bloße Nachricht hin, daß in Malta ein Weib an der Cholera gestorben ist — viele Familien auszuwandern anfangen. Der Himmel bewahre Sizilien vor dieser Plage; denn wir würden heute noch viel ärgere Exzesse erleben, als im Jahre 1854. Das Volk ist noch immer unwissend, abergläubisch, roh und bereit, sich den wildesten Leidenschaften hinzugeben, die man unter den gegenwärtigen Umständen weidlich ausbeuten würde.

Madrid, 12. Juli. In den heutigen Sitzungen der Kammer verlas Marshall O'Donnell ein Dekret, durch welches dieselben geschlossen werden.

Belgrad, 9. Juli. „Bidos Dan“ dementirt die Nachricht von einem beim Dorfe Nezak zwischen 60 Serben und Türken vorgefallenen Zusammenstoß mit dem Besatze, daß sich dort gar nichts ereignet habe, was auch nur eine Ähnlichkeit mit dem Gemeldeten hatte.

„Bidos Dan“ bestreitet die Richtigkeit der Behauptung der „Narodne Novine“, daß den Kroaten von Seite der Serben je ein Rath oder eine Unterstützung in dem Sinne zu Theil geworden wäre, sich von der Union mit den anderen unter der Krone des heil. Stephan lebenden Völkern loszumachen, welche Union vielmehr die Serben von jeher als die sicherste Bürgschaft für die Zukunft der Kroaten betrachtet haben und noch betrachten.

Aus **Konstantinopel, 12. Juli,** wird telegraphirt: Vom 4. bis 11. sind 26 Personen an der Cholera gestorben.

Aus **Alexandrien, 13. Juli,** wird telegraphirt: In Cairo 255 Tode, hier gestern 55, heute 61. Die Epidemie ist in entschiedener Abnahme.

Amerika, 27. Juni. Die Rekonstruktion der südlichen Unionsstaaten schreitet rasch fort. Zu Virginien, Nord-Carolina, Georgia, Texas und Mississippi ist jetzt auch Alabama getreten. Der nächste Staat, welcher an die Reihe kommen wird, ist Süd-Carolina. Die selbsternannte Deputation einiger seiner Notabeln — bis zur Einnahme von Charleston lauter hervorragende Rebellen — ist bereits seit acht Tagen in Washington und hatte am 24. d. M. eine Besprechung mit dem Präsidenten. Die Art, wie diese noch nicht begnadigten Verbrecher sich dem Staats-Oberhaupt gegenüberstellen, ist ein wahrer Hohn auf die siegreichen Bundeswaffen; sie kommen nicht wie die Besiegten, die sich bescheiden die Bedingungen ihrer Wiederezulassung in den Bund erbitten, sondern wie die Gesandten einer souveränen Macht, die mit einer andern souveränen Macht einen Staatsvertrag abschließt. Natürlich hatten die Deputaten gleich eine Liste der neu zu ernennenden Beamten bei sich und schlugen als provisorischen Gouverneur einen gewissen Benjamin Perry vor, der ebenso natürlich unter Ziffer 10 Davis Richter gewesen und über Nacht wieder zu einem guten Unionsmanne geworden war. Johnson hat guten Willen, aber keinen staatsmännischen Blick und ist darum seiner schwierigen Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Als einen Beweis dafür, daß seine jetzige Politik je nach Umständen einer Aenderung unterworfen werden mag, dient die Thatsache, daß der Präsident unsern Landsmann Karl Schurz dafür gewonnen hat, für ihn den Süden zu bereisen und ihm über die Stellung und Stimmung der freien Schwarzen einen detaillirten Bericht zu erstatten. Es ist ein Glück, daß eine so wichtige Aufgabe so fähigen

Händen wie denen von Schurz anvertraut wurde. Dieser wird zuerst die atlantischen und dann die Goldstaaten besuchen, um auf dem Mississippi wieder in den Norden zurückzukehren.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 15. Juli.

Von Seite des k. k. Landes-Präsidiums für Krain erhielt Herr Dr. Ludwig Fleib anlässlich seines Scheidens aus der Redaktion der „Laibacher Zeitung“ ein Schreiben, in welchem demselben „für die ebenso korrekte als lobale Weise, in welcher er das Blatt in seinem politischen Theile redigirt hat“, die verdiente Anerkennung ausgedrückt wird. Eine ähnliche Belobung erhielt Herr Dr. Fleib bereits mit dem Erlasse desselben Präsidiums vom 29. Juni 1860. — Auch die Direktion der philharmonischen Gesellschaft hat Herrn Dr. Fleib ein Dankschreiben zugehen lassen, in welchem es heißt: „Die gefertigte Direktion ergreift die Gelegenheit, Ihnen für Ihre, bei jedem Anlasse durch eine Reihe von Jahren bethätigte Theilnahme für den Verein, für Ihre aufopfernde Hingebung, so wie für Ihre mannhafte Vertretung der Vereinsangelegenheiten selbst unter den schwierigsten Verhältnissen den Dank im Namen des Vereins hiermit auszusprechen.“

— Heute erschienen Weintrauben, Pflirsche und Wassermelonen auf unserm Markte.

— Gestern Nachmittag um 5 Uhr entlud sich — wie der „Kst. Ztg.“ aus Villach vom 10. d. M. geschrieben wird — in den naheliegenden Gebirgsschluchten der Gorklizen ein wolkenbruchähnliches Gewitter, welches den Treffner Bach in wenigen Minuten zum reißenden Strome machte, der Alles vernichtete, was seinen Lauf hemmen konnte. Felsblöcke von mehr als 100 Zentner liegen mitten im Dorfe, dort, wo früher kleine Gärten standen, ist ein bloßes Steingerölle, unterbrochen hier und da von klastertiefen Gräben, in welchen die Fluth momentan ihr Bett gehabt hat; ein Paar Mühlen sind bis auf den Grund verschwunden, die Mählsteine selbst auf 100 Klafter weit fortgetragen, mehrere Tsch Aecker sind schuhhoch mit Schlamm und Steingerölle überschüttet, wenn nicht ganz weggeschwemmt; sämtliche Keller sind heute noch bis an die Gewölbe mit Wasser gefüllt, in den ebenerdigen Wohnungen und Stalungen liegt der Schlamm 2 bis 3 Schuh hoch und wird deren Reinigung Wochen beanspruchen. — Leider ist auch ein Menschenleben ein Opfer des wüthenden Elementes geworden, zwei andere Personen werden noch vermisst. Es ist schwer, den Schaden auch nur annähernd beziffern zu können, übereinstimmend ist jedoch die Ansicht, daß 50.000 fl. nicht genügen, Alles in den früheren Zustand zurückzuführen, wenn auch der effektive Schade sich nicht so hoch belaufen dürfte.

— Die Südbahngesellschaft hat bei ihren Personenzügen sehr einfache, praktische Apparate angebracht, welche den Rauch vollkommen verzehren. Die Anwendung dieses Rauchverzehrs ist eine dankenswerthe Rücksicht für das Publikum. Auch soll hiebei Brennstoff erspart werden.

(Theater.) Bei der gestrigen Aufführung von „Lucretia Borgia“ sang Fr. Püchler den Massio Orsini; leider hatte sich eine kleine Indisposition des vorhergehenden Tages gestern zu einer vollständigen Heiserkeit gestaltet, gegen welche die Sängerin beständig anzukämpfen hatte, so daß es ihr keinen Augenblick möglich war, ihre Stimme frei und ungezwungen zu entfalten. Dennoch können wir nicht anstehen, eine tüchtige Schule und eine fast makellose Intonation als zwei große, gewiß nicht zu unterschätzende Vorzüge Fr. Püchler's zu bezeichnen. Ueber den Umfang, die Stärke und Bildung der Stimme, die wir als einen, besonders in den untern Lagen wohltonenden Mezzosopran bezeichnen dürfen, läßt sich nach den angeführten 2 Partien jedoch kaum ein richtiges Urtheil fällen, da Fr. Püchler, wie gesagt, das erste Mal etwas indisponirt, gestern aber am Gebrauche ihrer Stimmmittel vollständig verhindert war. — Gestern hat zugleich definitiv die letzte Vorstellung in unserer kurzen Opernsaison stattgefunden. Man muß gestehen, daß wir seit sehr langer Zeit hier bessere Aufführungen von Opern nicht gehört haben und wir bedauern daher lebhaft, daß der schwache Besuch des Theaters leider nicht geeignet war, den Impresario und seine braven Sänger zu einem neuerlichen Besuche unserer Stadt aufzumuntern.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen Statt: Am 19. Juli: Valentin Kalan — wegen Todtschlag. Am 20. Juli: 1. Jakob Smolnikar und Genossen — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 2. Andreas Piskar und Genossen — wegen Diebstahl; 3. Andreas Bolez — wegen schwerer körperlicher Beschädigung. Am 21. Juli: 1. Thomas Germ und Genossen — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit; 2.

Johann Saplotnik — wegen Betrug; 3. Georg Kottar — wegen schwerer körperlicher Beschädigung.

Wiener Nachrichten.

Wien, 14. Juli.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 26. Juni d. J. dem Forstadjunkten Johann Horak, welcher von dem hiesigen Landesgerichte wegen Mordmordes an seiner Geliebten zum Tode durch den Strang verurtheilt worden ist, die verwirkte Todesstrafe allergnädigst nachzusehen und dem k. k. Obersten Gerichtshofe die Bestimmung einer angemessenen Freiheitsstrafe zu überlassen geruht. In Folge dessen hat der Oberste Gerichtshof auf eine schwere Kerkerstrafe in der Dauer von 20 Jahren erkannt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Agrom, 13. Juli. (N. Fr. Pr.) Die kroatisch-slavonischen Bischöfe, Kardinal Haulik an der Spitze, haben um Durchführung des Konkordats in der Militärgrenze angefragt.

Paris, 13. Juli. (West. Ztg.) Dreißig Schiffsbrüchige des „William Nelson“, welche sich im vierten Boote befanden, von dem man ohne Nachrichten war, sind in Havre angekommen. Minister Behic geht nicht nach Suez, sondern zur Kur nach Bad Plejero in die Schweiz. Der Bischof v. Algier ist zum Erzbischof ernannt. In Konstantine und in Oran sind Bischofsstühle kreirt worden.

London, 12. Juli. (Fblt.) Der amerikanische und russische Gesandte konferiren seit einiger Zeit sehr fleißig. Man bringt diese Besprechungen mit dem bevorstehenden englisch-französischen Flottenrendezvous in Verbindung. Der russische Gesandte Baron Brunow ist von St. Petersburg aus angewiesen worden, alle auf die westmächtlige Flottenzusammenkunft bezüglichen Schritte mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Auch hier ist das Mißtrauen gegen die russisch-amerikanische Haltung sehr groß.

Athen, 8. Juli. Der Gesundheitszustand ist befriedigend; die Provenienzen aus Alexandrien und Konstantinopel müssen in Delos Quarantaine halten. Der König kommt übermorgen zurück.

Auszug

aus dem Protokolle der ordentlichen Sitzung der „Handels- und Gewerbekammer“ für Krain in Laibach

am 10. Juli l. J., Nachmittags 5 Uhr,

unter dem Vorsitze des Kammer-Vize-Präsidenten Herrn Anton Samassa.

Gegenwärtig:

Die Herren Mitglieder und Ersatzmänner: Horak, Kordin, Kraschoviz, Pleiweiß, Rudholzer, Schreiner, Schwentner, Strzelba.

1. Der Sekretär liest das Sitzungsprotokoll vom 2. Juni d. J., welches unverändert angenommen wurde.

2. Der Sekretär liest die Zuschriften der k. k. Landesregierung und der k. k. Finanz-Direktion in Laibach betreffend die Bewilligung und Anweisung eines Aerial-Vorschusses pr. 1500 fl. zur Bestreitung der Kammerauslagen.

ad 2. Hierüber entstand eine Debatte, an welcher sich die Herren K. K. Horak und Pleiweiß und der Herr Vorsitzende beteiligten.

Gemäß obiger Zuschriften wird der Aerial-Vorschuß pr. 1500 fl. dadurch rückgezahlt, daß sämtliche bei den k. k. Steuerämtern einfließende Kammerzuschläge seit 1. Juli d. J. infolange, anstatt an die Kammerkassa, an die k. k. Landeshauptkassa in Laibach abgeführt werden, bis die Schuld gedeckt erscheint.

Herr K. K. Horak erhält das Wort und bemerkt, er habe schon damals als er als Mitglied in die Kammer eingetreten ist, angeregt, daß sich die Kammer einer größeren Sparsamkeit befleißigen solle, und dies soll immer Aufgabe der Kammer sein; er habe schon früher und oftmals bemerkt, daß die Kammer unnützerweise so viele Zeitungen hält, welches Zeitungshalten mit sehr großen Kosten verbunden ist. Herr K. K. Horak fragt nun, ob gegenwärtig noch von Seite der Kammer und auf welche Zeitungen pränumerirt werde.

Der Sekretär erklärt, er sei vom abwesenden Herrn Kammerpräsidenten beauftragt, mitzutheilen, daß seit 1. Juli d. J. lediglich nur auf die Laibacher Zeitung pränumerirt worden sei, welche Mittheilung Herr K. K. Horak zur Kenntniß nimmt.

Herr K. K. Pleiweiß bemerkt, es sei gegenwärtig nicht am Plage, über die Ausgaben der Kammer zu sprechen, es liegt das höhere Orts genehmigte Präliminare vor; er bedauere nur, daß sein bei Feststellung des Präliminars pro 1865 gemachter Antrag auf Aufstellung eines Ueberprüfungs-Comités gefallen

sei und beantragt, über diesen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, welcher Antrag angenommen wurde.

3. Der Sekretär liest die Note der k. k. Post-Direktion in Triest, womit die Eröffnung einer k. k. Post-Expedition in Weinitz im Bezirke Cernembl bekannt gegeben wird.

ad 3. Wird zur Wissenschaft genommen.

4. Der Sekretär legt der Kammer vor das von der Handels- und Gewerbe-Kammer in Wien eingesehene Werk: „Materialien zur Frage der Abschließung eines neuen Zoll- und Handelsvertrages zwischen Oesterreich und Rußland.“

ad 4. Wird einstimmig beschlossen, diese Druckschrift dem diesfalls bereits eingesetzten Komitee zu Händen des Herrn K.-R. V. C. Supan zuzufertigen.

5. Der Sekretär liest die Zuschrift der k. k. Finanz-Direktion in Laibach, worin die Mittheilung gemacht wird, daß die k. k. Steuerämter zur Verfassung und Einsetzung der Ausweise über die bis 1. Juli l. J. rückständige Kammerumlage angewiesen wurden, und legt die bisher eingelangten Rückstands-ausweise vor.

ad 5. Laut der bis zum Sitzungstage lediglich nur in der Anzahl von 20 eingelangten Ausweise erscheint nur ein kleiner Rückstand pr. 383 fl. 32 1/2 fr., daher mit Rücksicht auf die in spärlichem Maße im vorigen Jahre eingegangene Kammerumlage angenommen wurde, daß die nachgewiesenen Rückstände sich lediglich auf das I. Semester des heurigen Jahres beziehen.

Herr K.-R. Pleiweiß stellt in Erwägung des Umstandes, als durch fögliche Rückbehaltung der eingezahlten Kammerumlage die Kammer eines jeden Einkommens auf längere Zeit entbehren müßte, den Antrag, die Kammer wolle die h. Regierung um die Gestattung ersuchen, den erhaltenen Ararialvorschuß in 3 Jahresraten rückzahlen zu dürfen. Herr K.-R. Pleiweiß bemerkt nochmals, daß es jedenfalls gerathen sei, wegen Feststellung des Präliminäres pro 1866 ein Komitee zu ernennen, indem bei der lediglichen Vorlesung des Präliminäres bei der Sitzung in die Beurtheilung der Nothwendigkeit eines jeden einzelnen der präliminirten Beträge nicht eingegangen werden kann.

Dieser Ansicht schließen sich auch die Herren Kammerathen Horak und Schwentner an, und über Auforderung des Herrn K.-R. Pleiweiß, diesfalls heute das Komitee selbst zu bestellen, erwählt der Herr Vorsitzende in dasselbe die Herren Kammermitglieder Supan, Pleiweiß, Dreo, Horak und Schwentner.

6. Der Sekretär liest vor die Zuschrift des k. k. Landes- als Strafgerichtes Laibach, womit das Resultat der wider ein gewesenes Kammermitglied wegen Krida eingeleiteten Untersuchung bekannt gegeben wird.

ad 6. Diese Mittheilung wird zur Kenntniß genommen.

Herr K.-R. Horak ergreift bei dieser Gelegenheit das Wort, und interpellirt das Präsidium mit der Frage, wie es denn komme, daß an Stelle des Herrn K.-R. August Vollmer, über dessen Vermögen auch das Vergleichs-Verfahren eingeleitet wurde, nicht die Befetzung der hiedurch vacant gewordenen Kammerathstelle erfolgt ist?

Der Sekretär, vom Herrn Vorsitzenden ermächtigt, beantwortet diese Interpellation dahin, daß durch Eröffnung des Vergleichs-Verfahrens wider ein Kammermitglied dasselbe in seinem Amte nur insoweit suspendirt erscheint, bis das Vergleichs-Verfahren beendet ist, und nur für den Fall, als ein derartiges, in das Vergleichs-Verfahren gerathene Kammermitglied seine Gläubiger nicht befriediget, sei es seines Amtes zu entheben, und an seine Stelle jene Person zu berufen, welche bei der letzten Wahl noch ihm die meisten Stimmen in gleicher Kategorie erhalten hat.

Herr K.-R. Horak bemerkt hierauf, daß Herr Vollmer sei Jahren zu keiner Sitzung erscheint, und daß er deshalb schon aus der Zahl der Kammermitglieder zu streichen wäre. Ueberhaupt sei es nicht in der Ordnung, daß die Kammermitglieder in so geringer Zahl zur Sitzung erscheinen; wenn irgend Jemand daher eine Bemerkung macht, daß die Kammer nichts thue, so seien nur die Mitglieder selbst daran schuld. Er habe vor der Sitzung mit einem Kammerathen gesprochen, derselbe sei zur Sitzung nicht erschienen; Herr Horak bemerkt weiters, er sei überzeugt, daß viele Kammermitglieder oftmals keine gegründete Ursache haben, aus der Sitzung auszubleiben. Jedemfalls sollen die Namen derjenigen, welche zur Sitzung erscheinen, veröffentlicht werden.

Herr K.-R. Pleiweiß bemerkt, es sei längst Sitzungs-Beschluß, daß die Namen jener Mitglieder der Kammer, welche bei der Sitzung anwesend sind, im Sitzungs-Protokolle verzeichnet erscheinen, und er wisse nicht, warum dieß nicht immer geschehe.

Der Sekretär erklärt, er erinnere sich nicht auf einen diesfälligen Sitzungs-Beschluß, werde aber in Zukunft diesem Wunsche entsprechen.

Herr K.-R. Pleiweiß glaubt, daß diese Bezeichnung der Anwesenden deshalb geschehen müsse, damit die Wähler von der Thätigkeit der Kammermitglieder in Kenntniß gesetzt sind. Ueberhaupt solle der Desseffentlichkeit diesfalls Rechnung getragen werden.

7. Der Sekretär liest die Zuschrift der Handels- und Gewerbe-Kammer in Salzburg, womit dieselbe um Veranlassung zur Betheiligung an der mit dem Volksfeste am 16. bis 19. September d. J. verbundenen Gewerbe-Ausstellung das Ersuchen stellt.

ad 7. Wird zur Wissenschaft genommen.

8. Berathung über die von der k. k. Landesregierung in Laibach anher geleitete Zuschrift des k. k. Landes-General-Kommando in Udine, womit die Kammer aufgefordert wird, bekannt zu geben, ob dieselbe Muster von solchen Materialien, welche für die k. k. Armee benöthiget werden, zur Einsicht der Lieferanten im Bureau der Kammer aufzustellen wünscht.

ad 8. Herr K.-R. Pleiweiß erhält das Wort und bemerkt, es sei allerdings löblich vom hohen k. k. Landes-General-Kommando, daß dasselbe die betreffenden Muster zur Einsicht der Lieferanten ausstellen läßt; allein, solange das System befolgt wird, daß nur jene Lieferanten berücksichtigt werden, welche in Massen liefern können, kleinere Lieferanten unberücksichtigt bleiben, und gewisse Protektionen hiebei ausgeübt werden, kann von hiesiger Seite nichts geliefert werden.

Die Regierung müsse ein anderes System annehmen, denn nach dem jetzigen wird weder der Regierung noch den Industriellen ein Vortheil erwachsen.

Herr K.-R. Pleiweiß, nachdem er in diesem Gegenstande noch einige Erörterungen vorangehen läßt, stellt den Antrag: „Die Kammer wolle für die bezügliche Zuschrift dem hochlöblichen k. k. Landes-General-Kommando in Udine den Dank aussprechen, um Einsetzung sämtlicher Muster ersuchen, gleichzeitig aber auch den Wunsch ausdrücken, daß nicht einzelnen Fabrikanten der Vorzug ertheilt, sondern auch den kleineren Fabrikanten die Lieferung gestattet werde.“

Herr K.-R. Horak theilt nicht die Ansicht des Herrn K.-R. Pleiweiß, und glaubt, daß der Antrag des Letzteren nicht zur Sache gehört; es sei störend im guten Willen, welchen das k. k. Landes-General-Commando durch die gemachte Aufforderung an den Tag legt; es gehe nicht an, den Abnehmer einer Waare in dieser Art und Weise zu begegnen, wie es Herr K.-R. Pleiweiß beantragt.

Redner stellt daher den Antrag, die Kammer möge die Einladung des k. k. Landes-General-Commando, die bezüglichen Muster hierorts auszustellen, dankbar annehmen, das diesfällige Ersuchschreiben wegen Uebersendung der Muster erlassen, und von Seite des hiesigen Gemeinderathes erwirken, daß die ohnedies im hiesigen Magistrats-Gebäude leer stehenden 2 Zimmern zur diesfälligen Ausstellung verwendet werden mögen.

Herr K.-R. Pleiweiß replizierte hierauf und nach einiger Debatte, an welcher der Herr Vorsitzende und der Herr K.-R. Horak theilnahmen, wurde der Antrag des Herrn K.-R. Horak mit 7 gegen eine Stimme angenommen.

Separat-Anträge.

1. Herr Kammerath Strzelba stellt nachstehenden Antrag:

„Hierlands wie an anderen Orten der Monarchie findet gegenwärtig bei dem Verlaufe der Waaren nach dem Gewichte die Unzukömmlichkeit Statt, daß sich die Gewerbesteuer theils des österr. Gewichtes à 32 Loth pr. Pfund, theils des Zollgewichtes à 28 Loth pr. Pfund bedienen, und letztere daher ihre Feilschaften scheinbar wohlfeiler anbieten, ohne daß der Abnehmer von dem Unterschiede des Gewichtes in Kenntniß wäre, wodurch ersteren, da sie mit letzteren aus Ursache der Preisdifferenz nicht konkurriren können, weniger Abnehmer finden, daher benachtheiligt werden.“

Es wäre daher aus diesem Grunde und im allgemeinen Interesse wünschenswerth, daß von Seite der Kammer hienorts wegen Einführung eines gleichen Verkaufs-Gewichtes in der ganzen Monarchie der Vorschlag gemacht, und hiezu das Zollgewicht in Antrag gebracht würde, weil dasselbe sowohl bei den Käufern hinsichtlich der Zollentrichtung, als auch bezüglich der Frachtgebühren auf den Eisenbahnen, als Maßstab dient.“

ad 1. Herr K.-R. Horak bemerkt, daß diesfalls bereits von mehreren Kammern Anträge an das hohe Ministerium eingebracht wurden, und nur von Seite des Ministeriums die diesfällige Erledigung bisher verzögert wurde.

Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag des Herrn K.-R. Strzelba einhellig zum Beschlusse erhoben.

2. Herr K.-R. Horak bringt vor, er habe schon vor vielen Jahren vernommen, daß der gewesene Gemeinderath Herr Dr. Kautschitsch gegen die Aufnahme der Israeliten in den Laibacher Gemeindevorstand protestirte und sich hiebei auf ein Allerhöchstes Privilegium vom Jahre 1515 der Stadt Laibach berufen habe, gemäß welchem den Juden der Aufenthalt zu Laibach nur während der Jahrmartzeiten gestattet ist.

Dieses Allerhöchste Privilegium der Stadt Laibach ist noch nicht aufgehoben worden und könne nur durch ein neues Gesetz aufgehoben werden, dessenungeachtet hat man den Brüdern Pollak den hiesigen Aufenthalt wahrscheinlich aus polizeilichen Rücksichten gestattet.

Dieselben haben wieder andere Israeliten zum Besuche der Stadt Laibach veranlaßt und so geschah es, daß Israeliten unbefugterweise hierlands sogar Magazine halten und, ohne besteuert zu sein, in allen möglichen Artikeln sowohl in Laibach als im Lande Krain zum Nachtheile der hiesigen Handels- und Gewerbesteuer Handelsgeschäfte treiben und hanfieren. — Im heurigen Jahre sind 20 Juden hieher gekommen, um hierlands Hanfirhandel zu treiben; dieselben behaupten, hiezu vollkommen berechtigt zu sein. — Ich zweifle, daß die Juden das Recht haben, sich in Laibach aufzuhalten.

Wenn schon gegenwärtig 20 Juden hier hanfieren, so dürfte es, wenn dagegen keine Einsprache erhoben wird, geschehen, daß nach 10 Jahren die hiesigen Handelsleute in ihren Geschäften von den Juden verdrängt werden.

Nach weiterer Erörterung dieser Sache stellt Herr Redner den Antrag:

„Die Kammer solle sich an die h. Regierung mit der Bitte wenden, daß die hiesige Polizei-Direktion angewiesen werde, den Juden in der Stadt Laibach nur insoweit den Aufenthalt zu gestatten, als der jeweilige Jahrmart dauert, zu jeder andern Zeit jedoch den unbefugten Aufenthalt derselben im Rayon der Stadt zu untersagen.“

ad 2. In Folge dieses Antrages entspann sich eine lebhafte Debatte, und nachdem dieser Antrag von den Herren K.-R. Strzelba und Pleiweiß unterstützt wird, und sowohl der Herr Vorsitzende als wie auch die Herren Kubholzer und Krafchowit durch Beispiele beleuchten, daß durch den Aufenthalt jüdischer Handelsleute in Laibach für die hiesige Geschäftswelt wesentlichen Nachtheile erwachsen, — wird der Antrag des Herrn K.-R. Horak einhellig angenommen.

3. Herr K.-R. Horak stellt nachfolgenden Antrag:

Es ist am Laibacher Plage seit mehreren Jahren an den Schaufenstern einzelner Auslagen das Wort „Ausverkauf“ zu lesen, während doch die betreffenden Geschäftsleute, ungeachtet sie den Ausverkauf ankündigen, ihre Geschäfte fortsetzen.

So war es im letztverstorbenen Winter der Fall, daß ein Kürschner hieherkam, am Hauptplage ein Gewölbe eröffnete, und kurze Zeit darauf den Ausverkauf seiner Kürschner-Waare ankündigte. Hiedurch verursachte er den beiden übrigen Kürschnern am hiesigen Plage wesentlichen Schaden.

Derselbe Kürschner hat, ungeachtet er den Ausverkauf ankündigte, sein Kürschner-Geschäft nicht aufgegeben. — Einem derartigen Vorgehen soll ein Ziel gesetzt werden, und ein Ausverkauf soll nur in wichtigen Fällen bei wirklicher Auflösung des Geschäftes behördlich bewilliget werden.

Ich stelle daher den Antrag, die Kammer wolle sich gehörigen Orts dahin verwenden, daß ein Gesetz erfließe, nach welchem jeder Geschäftsmann, welcher einen Ausverkauf ankündigen will, hiezu eine Bewilligung Seitens der politischen Behörde, welche die Handels- und Gewerbe-Kammer einzuvernehmen hat, einzuholen habe.

ad 3. Herr K.-R. Pleiweiß spricht dagegen, und bezieht sich auf die bestehende Gewerbefreiheit und meint, das Publikum wisse gewöhnlich selbst, was es von einem angekündigten Ausverkauf zu halten habe.

Herr K.-R. Schwentner unterstützt den Antrag des Herrn Horak; der Herr Vorsitzende theilt die Ansicht des Herrn K.-R. Pleiweiß; Herr Kubholzer unterstützt den Antrag des Herrn Horak, welcher Antrag jedoch bei erfolgter Abstimmung nicht angenommen wurde.

Sonach wurde die Sitzung geschlossen.

Handels- und Gewerbe-Kammer für Krain.
Laibach am 10. Juli 1865.

Anton Samassa,

Vize-Präsident.

J. U. Dr. **Ant. Uranitsch,**

Sekretär.